

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 9. September 2016 – 11/2016

Außenpolitische Positionen der „AfD“ und der Partei „Die Linke“

Analyse und Vergleich

Reinhard Meier-Walser /// Die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die sozialistische Partei „Die Linke“ besetzen die gegenüberliegenden Ränder des politischen Parteienspektrums der Bundesrepublik Deutschland. Ungeachtet des tiefen ideologischen Grabens, der beide Gruppierungen voneinander trennt, offenbaren ihre außenpolitischen Positionen zum Teil frappierende Parallelen. ///

Außenpolitische Positionen der „AfD“ und der Partei „Die Linke“

Analyse und Vergleich

Reinhard Meier-Walser

Die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) und die sozialistische Partei „Die Linke“ besetzen die gegenüberliegenden Ränder des politischen Parteienspektrums der Bundesrepublik Deutschland. Ungeachtet des tiefen ideologischen Grabens, der beide Gruppierungen voneinander trennt, klingen deren programmatische Positionen in Fragen deutscher Außenpolitik zum Teil frappierend ähnlich. Dies soll in der folgenden vergleichenden Analyse an den Beispielen deutscher Europa-, USA- und Russlandpolitik verdeutlicht werden.

Der Brexit als „Anfang vom Ende der EU“?

Sowohl die AfD als auch Die Linke lehnen die Europäische Union (EU) insbesondere in der Entwicklung ihrer „Vertiefung“ durch den Vertrag von Lissabon ab.

„Die Politik in Europa ist“, so heißt es im Grundsatzprogramm der AfD, das auf deren Bundesparteitag am 30. April / 1. Mai 2016 in Stuttgart beschlossen wurde, „durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet.“ Die EU sei zu einem „undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird“.¹ Da sie die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ablehnt wie eine „EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist“, tritt die AfD „dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne“.² Die Mahnung, die europäischen Nationalstaaten nicht „in ihrer Souveränität, demokratischen Mitwirkung und Rechtsgestaltung einzuschränken“, erstreckt sich auch auf die Außenbeziehungen der EU, weshalb die AfD eine „formelle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ pauschal zurückweist.³ Was die gemeinsame europäische Währung anbetrifft, so fordert die AfD lapidar, das „Experiment Euro geordnet zu beenden“. Der Euro und „die damit zusammenhängenden ‚Rettungsmaßnahmen‘“ seien „illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten“, weshalb

„das waghalsige Experiment“ der gemeinsamen Währung „unverzüglich abgebrochen werden“ müsse. Als mögliche Wege in diese Richtung empfiehlt die AfD entweder einen alleinigen deutschen Austritt oder alternativ „eine gemeinsame geordnete Auflösung“.⁴

Auch im aktuellen Programm der Partei Die Linke, das auf deren Erfurter Parteitag vom 21. bis 23. Oktober 2011 verabschiedet wurde, wird der EU in ihrer Weiterentwicklung durch den Vertrag von Lissabon explizit eine Absage erteilt. Zwar speist sich diese Kritik durch Argumente wie etwa die „Grundausrichtung der EU an den Maßstäben neoliberaler Politik“, aber im Ergebnis meint Die Linke analog zur AfD: „Wir wollen eine andere, eine bessere EU.“ Und weiter: „Wir haben deshalb den Vertrag von Lissabon angelehnt.“⁵ Wie die AfD („Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab [...]“)⁶ ist auch Die Linke gegen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, der sie pauschal eine „Militarisierung“ zum Vorwurf macht. Dass die EU „vor allem auf [...] militärische Absicherung“ setze, diskreditiere die „europäische Idee“.⁷

Bemerkenswert ist ferner, dass sowohl AfD als auch Die Linke die Euro-Rettungspolitik seit 2008 scharf kritisieren.⁸ Für die AfD sind mit diesem „unzulässigen“ Eingriff in die „Souveränitätsrechte“ die „wesentlichen Grundlagen der ursprünglichen deutschen Zustimmung zum Maastricht-Vertrag und zur Euro-Einführung entfallen“.⁹ Souveränitätswahrung steht auch im Mittelpunkt des Ansatzes Der Linken, in deren Programm es heißt: „Wir wollen eine Europäische Union, die Demokratie und nationalstaatliche Souveränität nicht den Finanzmärkten opfert.“¹⁰ Einzelne prominente Stimmen der Partei wie etwa Sarah Wagenknecht stellen das Europäische Währungssystem sogar generell in Frage und warnen vor einer „abnehmenden demokratischen Legitimation“ des Integrationsprojektes. „Es zeigt sich einfach, dass der Euro nicht funktioniert [...]“.¹¹

Deutliche Parallelen zwischen AfD und Der Linken finden sich auch in der Bewertung des britischen EU-Referendums im Juni 2016. Das Brexit-Votum habe, so räumte der stellvertretende Parteivorsitzende Der Linken und finanzpolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Axel Troost, später ein, „Aufwind für eine verstärkte Kritik an der EU und dem Währungssystem Euro“ geschaffen, die auf „beträchtliche Resonanz auch auf Seiten der europäischen Linken“ gestoßen sei.¹² „Die Kritik an dem europäischen Wirtschaftsverband teilen Teile der Linken mit rechten EU-Gegnern, wenn auch mit anderen Begründungen. [...] Rechte wie linke Europa-KritikerInnen hoffen, der Brexit möge den Anfang vom Ende der EU markieren.“¹³ In der Tat bewertete auch der stellvertretende AfD-Vorsitzende Albrecht Glaser den Triumph der britischen Brexit-Befürworter als „Quittung für das gescheiterte Lissabon-Europa“. Entstanden sei, so Glaser, nicht nur eine „Krise der EU“, sondern die EU werde „delegitimiert, weil sie in allen Belangen versagt“ habe. „Das Euro-Projekt ist gescheitert. Das Projekt eines europäischen Großstaates ist gescheitert. Und die Entdemokratisierung funktionierender Nationalstaaten musste scheitern, weil nur nationale Regierungen von ihren Völkern für verfehlte Politik zur Verantwortung gezogen werden können.“ Deshalb sei der Brexit das „Signal für einen radikalen Umbau der EU“.¹⁴

Kritik an den USA, Ablehnung von NATO und TTIP

Signifikante Ähnlichkeiten zeigen sich auch in den Positionen der AfD und Der Linken mit Blick auf die NATO und andere mit den USA in Verbindung stehende Sujets.

„Die Bundesrepublik“, so beginnt der Abschnitt zur Außen- und Sicherheitspolitik im Grundsatzprogramm der AfD, „verfolgt eine orientierungslose Außenpolitik.“ Dies führe dazu, „dass zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außenpolitik beeinflussen und steuern“. Weil die „sicherheitspolitische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit“ Deutschlands bereits „erodiert“ sei, „ist Deutschland zunehmend auf den Schutz und die Unterstützung von Bündnispartnern, besonders der USA, angewiesen und kann eigene Interessen nicht angemessen vertreten“.¹⁵ Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO wird zwar grundsätzlich gebilligt, gleichzeitig aber an die Bedingung der Übereinstimmung mit den „außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands“ geknüpft, konkret an die Einschränkung, dass „sich die NATO auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt“.¹⁶ Mit dieser Formulierung wird, so der Publizist Alan Posener in einer aktuellen Analyse der außenpolitischen Positionen populistischer Parteien, „implizit [...] unterstellt“, dass die USA als maßgeblicher jener Staaten, die der AfD zufolge die „deutsche Außenpolitik beeinflussen und steuern“, die „NATO zu einem Angriffsbündnis umfunktionieren wollten“.¹⁷

Den Linken ist dies längst keine Frage mehr. Die NATO geriere sich gerne als „Sicherheitsbündnis“, sei aber im Gegenteil ein „Unsicherheitsbündnis“, kritisierte ihr stellvertretender Parteivorsitzender Tobias Pflüger im September 2014.¹⁸ Nach dem jüngsten NATO-Gipfel im Juli 2016 in Warschau legte er nach: Die NATO bereite eine „Aufrüstung für den Kalten Krieg 2.0“ vor. Das Bündnis, so die Diagnose, sei eine „Sicherheitsgefährdung und muss aufgelöst werden“¹⁹ – eine Forderung, die sich in dieser Formulierung auch im Programm Der Linken findet. „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands [...]“.²⁰ Noch härter mit der westlichen Allianz und vor allem ihrer Führungsmacht ins Gericht geht die Kommunistische Plattform der Partei, die den USA unterstellt, die NATO zu instrumentalisieren, um „ihre imperialistischen Ziele zu verwirklichen“. Die USA seien eine „auf ökonomische Stärke und vor allem auf militärische Übermacht basierende imperialistische Macht, die hemmungslos von ihrem militärischen Potenzial und Apparat Gebrauch macht“. Den USA gehe es „nicht um Frieden, nicht um gleichberechtigte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. [...] Es geht um die Weltherrschaft, die das Hauptmotiv, die Triebfeder des USA-Imperialismus ist.“²¹

Neben den erwähnten kritischen Positionen zu den USA und zur NATO findet sich eine weitere Parallele zwischen AfD und Der Linken in ihrer beiderseitigen Ablehnung von Freihandelsabkommen der EU mit Staaten Nordamerikas, wobei im Mittelpunkt der Kritik das TTIP-Abkommen („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) zwischen der EU und den USA steht.

Unter der Überschrift „Hohe Standards für Handelsabkommen“ reklamiert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm, dass „außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeutung“ der „deutschen Souveränität Rechnung tragen“ müssten. „Jegliche Übertragung von Souveräni-

täts- und Hoheitsrechten in Freihandelszonen auf Sonderschiedsgerichte ist abzulehnen.“ Wenn Handelsabkommen „unzulässig in nationales Recht eingreifen“, lehne sie die AfD „grundsätzlich ab“. Deshalb „werden von uns auch TTIP [...] und CETA abgelehnt“.²²

Ebenso pauschal abgelehnt werden die beiden Freihandelsabkommen auch von den Linken. Deren Parteivorstand beschloss bereits im Mai 2014, die im Rahmen des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ geplante Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA zu unterstützen.²³ „Wir wollen“, so heißt es im Aufruf „Stopp TTIP und CETA“ der Initiative, „TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen.“²⁴ Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag hat sogar eine eigene Themenseite eingerichtet (www.linksfraktion.de/ttip-stoppen), die ausschließlich dem Widerstand gegen die beiden Freihandelsabkommen gewidmet ist. Und auf der Homepage Der Linken findet sich eine Fülle von Informationsmaterial (<https://www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-und-ceta-stoppen/informationen-und-material>) samt Plakaten, Aufklebern, Aufstellern, Unterschriftenlisten und Aufrufen zu regionalen Demonstrationen gegen TTIP und CETA.

Verständnis für Putin

Einer im Auftrag der Wochenzeitung „Die Zeit“ durchgeführten repräsentativen Umfrage des Forsa-Institutes zufolge vertrauen 30 Prozent der Anhänger der AfD und 31 Prozent der Anhänger Der Linken dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mehr als der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Putins Behauptung, der Westen würde Russland „wieder wie im Kalten Krieg behandeln“, stimmen der Umfrage zufolge 78 Prozent der AfD-Anhänger und 62 Prozent der Anhänger Der Linken zu.²⁵ „Das überrascht nicht“,²⁶ konstatiert „Zeit“-Redakteur Gero von Randow, und er hat recht, denn ein Vergleich russlandpolitischer Positionen von AfD und Linken belegt bemerkenswerte Parallelen.

Der bereits erwähnte Vorwurf der AfD, Deutschland werde durch die USA „beeinflusst“ und „gesteuert“ – von Björn Höcke, dem heutigen AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung überliefert, „der materielle Liberalismus hat zur kulturellen Gleichschaltung dieses Landes geführt“²⁷ –, mündet unmittelbar in die programmatische Richtung einer „Annäherung an Russland“.²⁸ So heißt es im Grundsatzprogramm der AfD, „das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die NATO von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen“.²⁹ Dieser Satz liest sich zwar wie eine „Binsenweisheit“³⁰; wenn man ihn allerdings mit anderen Aussagen im AfD-Grundsatzprogramm wie „wirtschaftliche Sanktionen halten wir grundsätzlich für falsch“³¹ in Verbindung setzt, dann zeigt sich eine offenkundige Kritik an der Russlandpolitik der Bundesregierung.³² Nach der Annexion der Krim durch Russland verabschiedete die AfD im März 2014 auf ihrem Mitgliederparteitag in Erfurt eine „Ukraine-Resolution“, in der es wörtlich heißt: „In dieser instabilen Lage ist es von größter Bedeutung, keine

Sanktionen zu verhängen [...] Die AfD spricht sich gegen jede weitere Erweiterung der NATO nach Osten aus.³³ AfD-Vizechef Alexander Gauland wurde damals noch deutlicher: Der russische Präsident Putin habe sich „auf eine alte russische, zaristische Tradition besonnen: das Einsammeln russischer Erde. [...] Kiew, die Kernzelle des russischen Reiches, kann Russland nie egal sein und eben auch nicht Sewastopol, wo zweimal Russen verblutet sind: 1856 im Krimkrieg und 1942/43 im Kampf gegen die deutschen Eindringlinge. Es mag ja sein, dass wir das in unserer postheroischen Welt nicht mehr verstehen, für Russland ist noch immer gelebte Realität.“³⁴ Gaulands Schlussfolgerung: „Wir Deutsche können kein Interesse an einer Schwächung Russlands haben. Im Gegenteil: Ein starkes Russland war immer auch ein freundliches Russland.“³⁵

Ähnliche Argumente vertreten AfD-Politiker bis in die jüngste Zeit. Der ehemalige Funktionär der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Robert Farle, heute Abgeordneter der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, meinte im August 2016 zum Führungsstil Präsident Putins: „Maßstab der Außenpolitik muss immer das nationale Interesse sein, und das muss man auch Putin zubilligen. Ja, er ist autoritär, er muss es auch sein, er muss seinem Land eine Entwicklung garantieren und die Ressourcen und Kräfte bündeln.“³⁶ Und weiter: „Die Ukraine sollte von der EU im Auftrag der USA in den Westen gezogen werden, damit die NATO rund um Russland Militärstützpunkte errichten und Raketen auf Moskau richten konnte. Und auf dem Maidan war ein Großteil der Leute bezahlt, das steht fest. Mit so etwas provoziert man dann eben Reaktionen der angrenzenden Macht.“³⁷

Dass Farle, der vor der Wende DKP-Fraktionsvorsitzender im Gladbecker Stadtrat war und in den 1980er-Jahren als Mitstreiter der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss protestiert hatte, eigenen Angaben zufolge heute viele seiner Gedanken „bei Lafontaine“ wiederfindet³⁸, kann nicht verwundern, zumal die aktuellen russlandpolitischen Positionen der Linkspartei der AfD-Programmatik deutlich ähneln. So fordert Die Linke in ihrem Magdeburger Parteitagsbeschluss am 29. Mai 2016, dass die Beziehungen zu Russland „dringend wieder verbessert werden“ müssten, zumal „gute Beziehungen zu Russland“ im „Interesse aller europäischen Staaten“ seien. Deutschland dürfe sich weder an einem „Cordon-Sanitaire seitens der NATO um Russland“ noch an dem Versuch, „Russland zu isolieren“, beteiligen. „Wir wollen endlich wieder eine gute Nachbarschaft mit Russland und kollektive Sicherheit in Europa.“ Die Ukraine, so heißt es weiter, „soll weder der Europäischen Union noch der NATO beitreten.“ Stattdessen sei die „sinnvolle europäische Alternative“ dazu ein „grundlegender Kurswechsel“ in Richtung „Entspannung und Frieden, von Ausbau und Vertiefung der Demokratie, Frieden mit Russland und einer nicht gewaltsamen Lösung der Ukraine-Krise. Alle politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind aufzuheben.“³⁹ Den Einwand des demokratischen Westens, Russland habe „auf der Krim und im Donbass das Völkerrecht gebrochen“, rückt die Kommunistische Plattform der Linkspartei dahingehend zurecht, dass sie behauptet, „jeder konnte sehen, dass es sich um herausgeforderte Antworten auf die Aktionen der anderen Seite handelte“. Russlands Präsident Putin „muss man respektieren als gewählten Staatschef einer europäischen Großmacht, die sich nicht wehrlos zerstückeln und degradieren lässt zu einer asiatischen Regionalmacht“.⁴⁰

Fazit

Es gibt im historischen Rückblick Beispiele aus verschiedenen Staaten, in denen die an den gegenüberliegenden Rändern des politischen Parteiensystems positionierten Gruppierungen zweckorientierte Kooperation praktizierten, wenn sie die Kräfte der breiten demokratischen Mitte als „gemeinsamen Gegner“ wahrnahmen. Dass aber eine „rechtspopulistische“ (AfD) und eine „linkspopulistische“ (Die Linke)⁴¹ Partei in ihren außenpolitischen Positionen zum Teil frappierende Parallelen offenbaren, ist eine außergewöhnliche und politisch pikante Besonderheit, die nicht unbeachtet bleiben sollte.

Anmerkungen

¹ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4. / 1.5.2016, https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf, S. 17, Stand: 30.8.2016.

² Ebd., S. 16.

³ Ebd., S. 18.

⁴ Ebd., S. 20.

⁵ Programm der Partei Die Linke. Beschluss des Parteitages der Partei Die Linke vom 21.-23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011, https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf, S. 66, Stand: 31.8.2016.

⁶ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, S. 31.

⁷ Programm der Partei Die Linke. Beschluss des Parteitages, S. 7.

⁸ Vgl. Crome, Erhard: Die AfD und die Außenpolitik, in: WeltTrends 117 / Juli 2016, S. 50-55, hier S. 52.

⁹ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, S. 19.

¹⁰ Programm der Partei Die Linke. Beschluss des Parteitages, S. 66.

¹¹ Zit. nach Troost, Axel: Raus aus dem Euro?, 25.8.2015, [https://www.die-linke.de/index.php?id=55&tx_ttnews\[tt_news\]=42927&tx_ttnews\[backPid\]=9&no_cache=1](https://www.die-linke.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=42927&tx_ttnews[backPid]=9&no_cache=1), Stand: 31.8.2016.

¹² Troost, Axel: Politischer Universalschlüssel: Raus aus dem Euro?, 11.7.2016, [https://www.die-linke.de/index.php?id=55&tx_ttnews\[tt_news\]=46241&tx_ttnews\[backPid\]=9&no_cache=1](https://www.die-linke.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=46241&tx_ttnews[backPid]=9&no_cache=1), Stand: 30.8.2016.

¹³ Ebd.

¹⁴ Glaser, Albrecht: Der Brexit als Quittung für das gescheiterte Lissabon-Europa, 30.6.2016, <https://www.alternativefuer.de/glaser-der-brexit-als-quittung-fuer-das-gescheiterte-lissabon-europa/>, Stand: 30.8.2016.

¹⁵ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, S. 29.

¹⁶ Ebd., S. 30.

¹⁷ Posener, Alan: Rechtsdrift in Putins Arme. Außenpolitische Positionen populistischer Parteien, in: Die politische Meinung 539 / August 2016, S. 94-99, hier S. 96.

¹⁸ Pflüger, Tobias: Abrüstung statt Aufrüstung – NATO ist ein Unsicherheitsbündnis, 4.9.2014, [https://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews\[tt_news\]=33900&tx_ttnews\[backPid\]=35&no_cache=1](https://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews[tt_news]=33900&tx_ttnews[backPid]=35&no_cache=1), Stand: 31.8.2016.

¹⁹ Pflüger, Tobias: NATO-Gipfel: Aufrüstung für den Kalten Krieg 2.0, 8.7.2016, <https://www.die-linke.de/politik/aktionen/archiv/2011/countdown-fuer-den-mindestlohn/informationen-stellungnahmen-und-presseerklaerungen/detail/browse/1/zurueck/frieden-und-abruerstung/artikel/nato-gipfel-aufruestung-fuer-den-kalten-krieg-20/>, Stand: 31.8.2016.

²⁰ „Wir fordern die Auflösung der NATO [...].“ Programm der Partei Die Linke. Beschluss des Parteitages, S. 69.

- ²¹ Latzo, Anton: Positionen und Verhalten der USA (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform), März 2016, [https://www.die-linke.de/index.php?id=536&tx_ttnews\[tt_news\]=45241&tx_ttnews\[backPid\]=1283&no_cache=1](https://www.die-linke.de/index.php?id=536&tx_ttnews[tt_news]=45241&tx_ttnews[backPid]=1283&no_cache=1), Stand: 31.8.2016.
- ²² Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, S. 68. CETA („Comprehensive Economic and Trade Agreement“) zwischen der EU und Kanada.
- ²³ <https://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/unterstuetzung-fuer-europaeische-buergerinitiative-zu-ttip-und-ceta/>, Stand: 1.9.2016.
- ²⁴ <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/>, Stand: 1.9.2016.
- ²⁵ Ergebnisse der Umfrage, in: Die Zeit, 1.9.2016, S. 5.
- ²⁶ Von Randow, Gero: „Ja, er ist autoritär – muss er sein“, in: Die Zeit, 1.9.2016, S. 5.
- ²⁷ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-129339484.html>, Stand: 1.9.2016.
- ²⁸ Posener: Rechtsdrift in Putins Arme. Außenpolitische Positionen populistischer Parteien, S. 97.
- ²⁹ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, S. 31.
- ³⁰ Posener: Rechtsdrift in Putins Arme. Außenpolitische Positionen populistischer Parteien, S. 97.
- ³¹ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, S. 68.
- ³² In diesem Sinne auch Crome: Die AfD und die Außenpolitik, S. 55.
- ³³ <https://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/hintergrundinformationen/aussenpolitik/ukraine-resolution-der-afd/>, Stand: 1.9.2016.
- ³⁴ <https://www.alternativefuer.de/rede-von-gauland-zur-krise-der-ukraine/>, Stand: 1.9.2016.
- ³⁵ Ebd.
- ³⁶ Zit. nach von Randow: „Ja, er ist autoritär – muss er sein“.
- ³⁷ Ebd.
- ³⁸ Vgl. ebd.
- ³⁹ Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg. Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei Die Linke am 28./29.5. 2016 in Magdeburg, <https://www.die-linke.de/index.php?id=18781>, Stand: 2.9.2016.
- ⁴⁰ Herlt, Günter: Wie feindlich ist der Feind? (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform), August 2016, [https://www.die-linke.de/index.php?id=536&tx_ttnews\[tt_news\]=46483&tx_ttnews\[backPid\]=1283&no_cache=1](https://www.die-linke.de/index.php?id=536&tx_ttnews[tt_news]=46483&tx_ttnews[backPid]=1283&no_cache=1), Stand: 2.9.2016.
- ⁴¹ Jesse, Eckhard: Deutschland leidet an zu viel Konsens, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.8.2016, S. 16.

Autor

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München; er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

Tel.: 089/1258-240

E-Mail: MEIER-W@hss.de

Impressum: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf